



## **AFRIKA/ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK - Appell der Religionsführer: "Staat muss seine Bürger schützen, unabhängig davon ob sie Christen oder Muslime sind"**

Bangui (Fides)- "Die Zentralafrikanische Republik muss ein säkularer Staat bleiben, in dem alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind (...) Der Staat muss seine Bürger schützen, unabhängig davon, ob sie Christen oder Muslime sind, und nicht Milizen oder bewaffnete Gruppen", so Erzbischof Dieudonné Nzapalainga der Imam und Vorsitzende Islamischen Glaubensgemeinschaft in der Zentralafrikanischen Republik, Oumar Kobine Layama, zum Abschluss ihres Besuchs in Paris . Dies berichtet die katholische Tageszeitung "La Croix".

Die beiden Religionsvertreter wollen im Rahmen einer gemeinsamen Europa-Reise auf die dramatische Situation und den Bürgerkrieg in der Zentralafrikanischen Republik aufmerksam machen.

Die beiden Religionsvertreter erinnerten daran, dass sie zusammen mit dem Vorsitzenden der evangelischen Kirchen, Pastore Nicolas Guerékoyame Gbangou bereits am 15. Dezember 2012 eine interreligiöse Plattform auf den Weg brachten, die sich um die Bekämpfung der Spannungen entgegenwirken und eine Zuspitzung des Konflikts verhindern soll. Dazu werden Bildungsveranstaltungen für Priester, Pastoren und Imam organisiert, die sich mit den Mechanismen des Dialogs und der Vermittlung befassen

Zur derzeitigen Lage betont der Erzbischof: "Damit es soweit kommen konnte, wurde die Religion instrumentalisiert". Dazu habe auch beigetragen, dass in den Reihen der Seleka Söldner aus dem Tschad und aus dem Sudan kämpfen, die Gewalt gegen Christen in der Zentralafrikanischen Republik ausübten. Dies wiederum habe Ablehnung gegenüber den einheimischen Muslimen hervorgerufen, die oft als Verbündete der Seleka dargestellt werden.

Abschließend warnte der Erzbischof vor der Gefahr, dass die Zentralafrikanische Republik andere dschihadistische Gruppen aus aller Welt anlocken könnte: "Es gibt Extremisten in Afghanistan oder Somalia, die nur auf ein Kommando warten. Davor müssen auch die einheimischen Muslime geschützt werden". (L.M.) (Fides 31/1/2014)